

Wahlprüfsteine der Brandenburger Pop- und Soziokulturszene

1. Allgemeines

a. Trotz „Renaissance“ der Sozio- und Popkultur und weiter fortschreitender „Soziokulturalisierung“ der gesamten Brandenburger Kulturlandschaft verzeichnet ihr Anteil an den Kulturausgaben im Landeshaushalt nur einen zu vernachlässigen Aufwuchs; einzig der Tatsache geschuldet, dass es der Szene gelang, mit dem neuen Projekt „Offensive Populärmusik“ Fördermittel zu generieren.

Wie beurteilt Ihre Partei den Stellenwert von Sozio-, Breiten- und Popkultur gegenüber der sogenannten Hochkultur, die den Mittelaufwuchs im Kulturhaushalt des Landes nahezu exklusiv für sich reklamieren konnte?

Der Soziokultur kommt eine zentrale Rolle zu, da sie Kultur für breitere Schichten zugänglich macht und direkt im Lebensumfeld der Brandenburgerinnen und Brandenburger jeden Alters ansetzt. Kultur wird damit für viele Menschen erst erlebbarer, und das in all ihren Sparten. Diese Tatsache wurde lange Zeit vernachlässigt. Doch hier wird in letzter Zeit ein Umdenken sichtbar, welches notwendig ist, um die Dinge voranzutreiben. So dürfen die Kommunen in Bezug auf Soziokulturelle Zentren und deren Erhalt nicht allein gelassen werden. Unterstützung verdienen lokaler Bands, infrastrukturelle Vernetzungsleistungen und nicht zuletzt Festivals. Mittel für soziokulturelle Projekte und Einrichtungen können nur additiv zur Verfügung gestellt werden.

*b. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um den sozio- und popkulturellen Akteur*innen und Verwerter*innen Brandenburgs mittel- und langfristig Rahmenbedingungen zu schaffen, die deren erfolgreiche Entwicklung befördern?*

Wir wollen die entstandenen Strukturen unterstützen und weiter aufbauen. Hierzu gehören Vernetzungsleistungen, die Unterstützung Kulturschaffender bei der Suche finanzierbarer Räume, die Förderung von Festivals, die Unterstützung lokaler Bands, gerade solcher, die auf Proberäume und Studios angewiesen sind.

Wir setzen auf Initiativen und Impulse aus der Kulturszene. Wir wollen die Bedarfe genau kennenlernen und mit den Betroffenen kommunizieren. Nur dann können wir passgenaue Lösungen vorantreiben.

2. Schutz von Kulturräumen

a. Was hält Ihre Partei von einem konfliktorientierten kulturpolitischen Konzept, welches Kultur als Ausdruck diverser Lebensformen anerkennt und deren Teilhabe erweitern möchte?

Gemeint sind hier unter anderem Sozio-, Breiten-, Alltags-, Jugend-, Popular-, Sub- und migrantische Kulturen, deren gesellschaftliche Relevanz bislang keine adäquate Entsprechung in der Landeskulturförderung findet.

Kultur ist divers und muss Möglichkeit haben sich zu entfalten und weiterzuentwickeln. Deswegen braucht sie Raum und Unterstützung, möglichst niedrigschwellig

b. Gemessen an den gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die nur mit zunehmender sozialer Kompetenz und mehr Gemeinsinn zu bewältigen sind, wird die Politik im Land Brandenburg nicht umhinkommen, dafür adäquate Kommunikationsorte vorzuhalten.

Welche kulturelle Praxis präferiert ihre Partei für diese Aufgabe?

Wir setzen auf Selbstorganisation. Kultur benötigt allerdings Räume und Unterstützung, um aktiv zu werden und sich auszuleben.

c. Im ländlichen Raum Brandenburgs halten sozio- und popkulturelle Einrichtungen und Initiativen häufig die einzigen Kommunikations- und kulturellen Bildungsräume vor, trotz überwiegend prekärer Arbeitsbedingungen.

Mit welchen Maßnahmen wird Ihre Partei die sozio- und popkulturelle Praxis im ländlichen Raum Brandenburgs stärken, um die Konflikt- und Demokratiefähigkeit der Menschen in diesen Regionen zu erhalten bzw. zu entwickeln?

Zunächst müssen die entsprechenden Räume für kulturelle Angebote verbindlich gesichert werden. Damit dürfen die Kommunen nicht allein gelassen werden.

Es muss eine arbeitsfähige Struktur mit entsprechenden Stellen entstehen, die verlässlich finanziert werden kann.

Hinzu tritt die Notwendigkeit der Projektförderung. Diese soll möglichst breit und umfangreich aussehen. Projekte zur Demokratie und Konfliktfähigkeit sind dabei ausdrücklich eingeschlossen.

*d. Andere Bundesländer wie bspw. Bremen zeigen vorbildhaft, wie auf die kulturellen Bedürfnisse junger Menschen eingegangen werden kann. Das verabschiedete "Freiluftpartygesetz" ermöglicht es Veranstalter*innen, unkompliziert Genehmigungen für die Durchführung von Freiluftveranstaltungen zu bekommen. Trotz vieler Befürchtungen wird vor allem von positiven Erfahrungen berichtet. Lärmrichtwerte werden eingehalten, Verschmutzungen beseitigt und mit viel Bewusstsein und schonend mit der Umwelt umgegangen.*

*Könnte sich Ihre Partei vorstellen, gemeinsam mit der sozio- und popkulturellen Szene ein Freiflächenkonzept zu entwickeln, welches Veranstalter*innen eine niederschwellige Durchführung von Open-Air Veranstaltungen ermöglicht? Wenn ja, wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit vor? Wenn nein, warum nicht?*

Ja, das ist eine gute Idee. Indem der Landtag sich mit Positivbeispielen aus Brandenburg und anderen Bundesländern befasst, wir parteiübergreifend mit der LAG, den beteiligten Ministerien und vielleicht ein paar Beispielkommunen überlegen, was geändert werden muss, könnten derartige Initiativen auf den Weg gebracht werden.

*e. Die Stadtplanung muss Räume für Kreative aller kreativen Genres vorsehen, die unter den marktüblichen Preisen liegen. Wenige Bands oder Musiker*innen, darstellende und bildende Künstler*innen können die permanent steigenden Kosten für einen Proberaum oder Aufnahme-studio aufbringen. Wir brauchen, insbesondere seitens der Städte, eine gezielte Sicherung solcher Räume.*

Wie würde Ihre Partei bei der Aufstellung von Bebauungsplänen mehr Flächen für kulturelle Nutzung ausweisen, um so auch mehr Raum für Kreative aus dem Kunst- und Kulturbereichen zu generieren (Stichwörter: Aufnahmeräume, Proberäume)?

Wir würden die LAG bitten, eine Bedarfsanalyse zu erstellen, für die durch das Land und die Kommunen Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Flächen sollten von den Kommunen und dem Land gesucht und ausgewiesen werden. Wichtig ist uns, dass keine private Betreibung stattfindet, um möglichst auch jungen Bands ohne viel Geld Räume zur Verfügung zu stellen. Denkbar wäre eine Konzeptvergabe von Flächen an die Kulturträger.

f. Sozio- und popkulturelle Spielstätten und Festivals sind Orte, die allen Künsten eine Bühne bieten. Diese begeistern viele Menschen, sind aber manchmal kritisch oder unbequem. Auch die

Programmgestaltung und -auswahl selbst stellt eine kreative Leistung dar. Wir wünschen uns ein klares Bekenntnis, dass diese Spielstätten und Festivals in der inhaltlichen Programmgestaltung frei bleiben und eine Förderung nicht von der Programmumsetzung abhängt.

Wie gewährleistet Ihre Partei, dass sozio- und popkulturelle Spielstätten und Festivals in ihrer inhaltlichen Programmgestaltung und deren Realisierung frei bleiben?

Das Beispiel „Resist to Exist“ zeigt, dass der Landtag sich zu allererst mit den gesetzlichen Vorgaben für Festivals befassen und insbesondere die Lücke in der Bauordnung schließen muss, um die Durchführung für Festivalveranstalter im Umgang mit Landkreisen zu verbessern. Momentan ist die Auslegung der Bauordnung Sache der Landkreise, die auch ungünstig ausgehen kann, wie gerade gesehen. Wir betrachten solche Szenarien wie auch die Intervention bei der Fusion in diesem Jahr als sehr problematisch, weil sie die Kunstfreiheit in Frage stellen, indem versucht wird, mit behördlichen Mitteln Auflagen zu erzwingen. Deswegen müssen die gesetzlichen Regelungen klare Vorgaben haben, die für alle gleich sind. Zusätzliche Auflagen sind dann ausgeschlossen.

3. Förderpolitik

a. Sowohl in den Arbeitsabläufen sozio- und popkultureller Einrichtungen und Initiativen als auch in ihren Programmen und Kooperationsbeziehungen, sowie bei ihrer Teilnahme an den gebietskörperschaftlichen Debatten und Auseinandersetzungen spielt Nachhaltigkeit, respektive Zukunftsfähigkeit eine große Rolle.

Wo sieht Ihre Partei die wesentlichen Herausforderungen, steuerungs- und förderpolitisch diesen Prozess zu begleiten?

Wir sollten Positivbeispiele erkennen und vertiefen. Neben der Zusammenarbeit mit Kommunen, der Einbindung ihrer Einwohner*innen oder der Kooperation mit lokalen Wirtschaftsstrukturen sollte es unserer Auffassung nach – zum Beispiel bei Festivals - auch um Fragen der Müllbeseitigung und der Nachhaltigkeit gehen. Ein positives Beispiel ist auch hier die Fusion. Das Land kann Initiativen von nachhaltigen Festivals unterstützen. Was die Zukunftsfähigkeit von Einrichtungen angeht, brauchen wir als aller erstes ein Umdenken in den Kommunen zugunsten von Kultur – und Jugendeinrichtungen. Diese sollten nicht als sogenannte „freiwillige“ Aufgabe betrachtet werden, sondern als fester Bestandteil einer lebenswerten Kommune, eine entsprechende Unterstützung eingeschlossen.

*b. Die Verwaltungspraxis kollidiert oft mit der Arbeitsrealität der Akteur*innen. So ist bspw. der Zeitraum zwischen der Beantragung und Gewährung von kultureller Landesförderung sehr lang und nimmt oft mehr als ein halbes Jahr in Anspruch, überjährige Förderung ist kompliziert bis ausgeschlossen.*

Welchen Einfluss würde Ihre Partei geltend machen, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und zu entbürokratisieren?

Wir präferieren eine auf Dauer angelegte Förderung von Strukturen, die wie die LAG Soziokultur im Land etabliert sind, bei gleichzeitiger Möglichkeit, Neues auszuprobieren und auch einmalige Projekte fördern zu können.

c. Die Arbeit der sozio- und popkulturellen Einrichtungen und Initiativen hängt wesentlich davon ab, dass die Funktionsfähigkeit und Sicherheit der Gebäude, Räume und Freiflächen gegeben sind. Weitere Herausforderungen ergeben sich aus der Digitalisierung, dem Verschleiß der Veranstaltungs- und Bürotechnik, Lärmschutzauflagen und Inklusionserfordernissen. Allein die klimafreundliche Gestaltung der Energiewende in den sozio- und popkulturellen Praxisfeldern

*übersteigt die finanziellen Möglichkeiten der Akteur*innen im Feld um ein Vielfaches.*

*Wie steht Ihre Partei zu einem landesweiten Investitionsförderprogramm, um die entsprechenden Bestrebungen der sozio- und popkulturellen Akteur*innen wirkungsvoll zu unterstützen?*

Wir sind gewillt, dieses Anliegen mit den Akteur*innen zu diskutieren und ein solches Programm zu entwickeln, weil wir wissen, dass in vergangenen Jahrzehnten viele soziokulturelle Einrichtungen, insbesondere in der Fläche des Landes, schließen mussten. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Um gleichwertige Lebensverhältnisse durchzusetzen und soziokulturelle Räume zu sichern, damit auch demokratische Strukturen zu stabilisieren, setzen wir uns für eine Verstärkung der landesweiten Investitionen ein.

*d. Sozio- und popkulturelle Akteur*innen generieren ein hohes Maß an gesellschaftlichem Engagement und manifestieren damit gleichzeitig die eigenen prekären Beschäftigungsverhältnisse. Trotz stetig wachsendem Angebot und steigenden Besucher*innenzahlen (2018 über 1 Million) stagniert die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, die zudem mehrheitlich untertariflich entlohnt werden.*

Welche konkreten förderpolitischen Instrumente kann sich Ihre Partei vorstellen, um die Rahmenbedingungen, sowohl für die im Praxisfeld sozialversicherungspflichtig Angestellten als auch die ehren- und bürgerschaftlich Engagierten nachhaltig zu verbessern?

Wir haben in der letzten Legislaturperiode begonnen, uns mit der Arbeitssituation von Künstlerinnen und Künstlern zu befassen und wollen dies auch auf jene ausweiten, die im Bereich der Soziokultur arbeiten. Leider müssen wir konstatieren, dass auf den Ehrenamtsbereich immer mehr Verantwortung abgewälzt wird. Dadurch entsteht ein Missverhältnis zwischen staatlich finanzierten und ehrenamtlich geleisteten Kulturaufgaben. Wir sind der Auffassung, dass der Staat und seine Verwaltungen Voraussetzungen schaffen müssen, das Ehrenamt zu stabilisieren und zu stärken.